

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 723

Mittwoch, 17. Februar 2021

28. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

In Totonicapán stehen Hebammen im Kampf gegen die Pandemie (und den Rassismus).....	1
Verfassungsgericht: Keine Amnestie für Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genozid!.....	3
Der Kongress verhindert Widersprüche gegen Kandidat*innen für das Verfassungsgericht.....	4
Angehörige der Polizei als mutmassliche Mitglieder einer kriminellen Drogenbande verhaftet.....	5
Der Mord an der achtjährigen Sharon Figueroa erschüttert das Land.....	5

In Totonicapán stehen Hebammen im Kampf gegen die Pandemie (und den Rassismus)

Totonicapán, 8. Februar - In einigen Gemeinden von Totonicapán helfen Hebammen bei 90 % der Geburten, meist in abgelegenen Gemeinden, die von den Gesundheitsdiensten nicht erreicht werden. Während der Pandemie vermeidet die Bevölkerung den Gang ins Krankenhaus, stattdessen wenden sich viele an die Hebammen. Diese betreuen schwangere Frauen oder beraten sie in Fragen der reproduktiven Gesundheit, und jetzt eben auch zu COVID-19.

Mitten in den Maisfeldern, mit langsamen Trippelschritten, erscheint María Magdalena, eine Hebamme aus Totonicapán. Sie wohnt in der Nähe des Zentrums der Departementshauptstadt, vielleicht zehn Minuten entfernt, wenn sie schneller laufen würde. Um zu ihrem Haus zu gelangen, muss man Bürgersteige überqueren, das Haus wird von einem Rudel Hunde bewacht, die keinen falschen Schritt zulassen. Um sie zu besuchen, muss man pfeifen, ihren Namen rufen oder sie auf ihrem archaischen Handy anrufen. In wenigen Monaten wird Magdalena 70 Jahre alt sein, wodurch sie seit einigen Jahren zur Hochrisikogruppe für COVID-19 gehört. Bis heute behauptet sie, bei mehr als 4.000 Geburten dabei gewesen zu sein, sie erinnert sich nicht mehr genau an jede der assistierten Geburten, aber "Gott sei Dank ist keine Patientin in meinen Händen gestorben", fügt sie hinzu. Mitten im Gespräch klingelt ihr Handy, Magdalena greift in die Schürze, die zu ihrer Tracht passt. In deren Inneren findet sie „das Gerät“, wie sie es nennt. Für sie dient es ausschliesslich dazu, Anrufe entgegenzunehmen und zu tätigen. Es ruft eine Patientin an. Schnell legt sie auf: "Sie hält durch, ich habe sie gestern untersucht, aber sie hat noch einen Weg vor sich". Sie spricht schnell und mit viel Anstand über die Gesundheit von Frauen während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Sie berät auch junge Leute, die so viele Zweifel an ihrem Sexualleben haben und sich nur bei ihr überhaupt trauen, dazu Fragen zu stellen. " Ich habe nie genug Zeit, ich habe jeden Tag Patientinnen, einige von ihnen sind bereit zu gebären, andere beginnen gerade ihre Schwangerschaft und wieder andere haben Zweifel", erzählt Magdalena. In Zeiten der Pandemie macht sie nun auch Fernsprechstunden.

Sich kümmern trotz der Angst

Für María Magdalena ist das Leben nicht einfach, ihre Arbeit wird nicht gut bezahlt, manchmal gibt es nur ein Dankeschön, ein Glas Kaffee, ein Huhn oder eine Tüte Zucker, im besten Fall bekommt sie 300 Quetzales. Bis vor ein paar Jahren lebte sie mit einem Enkel zusammen, jetzt versorgt sie ihre Patientinnen allein. Mit dem Eintreffen der Pandemie überkam sie Angst, trotzdem hörte ihre Versorgung der Schwangeren nicht auf. Magdalena trägt den Ausweis, der sie als Hebamme akkreditiert, während der Ausgangssperren gab dieser ihr die Erlaubnis, jederzeit unterwegs sein zu dürfen, sobald ein Notfall eintrat. "Ich habe weiter betreut, manchmal war ich die einzige, die durch die Straßen ging, manchmal war es beängstigend. Wenn ich keine Babys zur Welt bringe, werde ich krank", sagt sie. Sie dreht die Lautstärke der Boleros, die auf einem UKW-Radiosender laufen, herunter und giesst sich einen schwachen Kaffee ein, der mehrere Stunden lang mit einem Holzschneit auf dem Huhn gekocht wurde. Ihre einzige Möglichkeit, Essen zuzubereiten. Sie hievt ihre Körper auf den Stuhl, ihre Füße baumeln. So bereitet sie sich darauf vor, Details über die Entbindung von Babys und die Gesundheitsversorgung während der Pandemie zu erzählen. „Es war alles nicht einfach“, beginnt sie.

Geburten während der Pandemie

An einer der weiss getünchten Wände in Magdalenas Wohnung hängen mehrere Auszeichnungen von Organisationen, die ihr für ihre Arbeit danken. Obwohl sie mehr Erfahrungen als Abzeichen aufbewahrt, hält sie sie alle in ihrem

Gedächtnis fest, um bei der nächsten Betreuung einer Geburt oder eines Patienten mit Symptomen von COVID-19 "keinen Fehltritt zu begehen. Sie haben mich gerufen, um Dampfbäder mit Heilpflanzen zu machen, die Versorgung der Schwangeren ging zu gleicher Zeit weiter. Das geht nicht anders", erwähnt sie und fügt hinzu, dass sie von der Gesundheitsbehörde von Totonicapán keine Unterstützung erhalten habe, nur die Erlaubnis, weiterhin Geburten zu begleiten.

In Guatemala ist Tania María Pérez Allgemeinmedizinerin, aber in ihrem Heimatland Kuba hat sie einen Abschluss in integrativer Allgemeinmedizin gemacht. Sie arbeitet hier seit 14 Monaten und hat in dieser Zeit im Landkreis Momostenango, einem der acht Landkreise im Departement Totonicapán, gearbeitet. Pérez versichert, dass in der Gemeinde mehr als 90% der Geburten von Hebammen betreut werden, und während der Pandemie waren sie diejenigen, die die primäre Gesundheitsversorgung übernommen haben. „Ohne Hebammen wäre die Lage katastrophal und die Zahlen der Mütter-Säuglingssterblichkeit würden in die Höhe schnellen“, sagt sie.

Karin Slowing ist Ärztin und Sozialforscherin mit dem Schwerpunkt öffentliche Gesundheit und gehört zum akademischen Team des Laboratorio de Datos, einer Initiative, die den Verlauf der Pandemie im Land durch die Interpretation von Statistiken analysiert. Sie stimmt zu, dass das Gesundheitssystem ohne Hebammen schon längst zusammengebrochen wäre. Sie weist darauf hin, dass es keine eindeutigen Daten gibt, sagt aber, dass die Gesundheitsdienste in der Epidemie auf lokaler Ebene so eingespannt seien, dass sie die normalen Krankheiten vernachlässigten. Die Menschen hätten Angst, zum Gesundheitsdienst zu gehen und sich anzustecken, viele gingen nicht mehr hin und suchten lieber Hebammen oder andere Heiler in den Gemeinden auf, nähmen Selbstmedikation oder gingen in Apotheken, sagt Slowing.

In Totonicapán ist man sich nicht einig, wie hoch der Prozentsatz der von Hebammen betreuten Geburten ist: Der Direktor des Gesundheitsgebiets von Totonicapán sagt, es seien 55%, der Epidemiologe derselben Institution sagt, es seien 60% und die Hebammen sagen, in manchen Gemeinden seien es 90%. Magdalena trägt nicht nur zu diesem Prozentsatz der betreuten Geburten bei, sondern jetzt auch zu der Zahl der betreuten COVID-19-Patient*innen in Totonicapán.

Ein ganz eigenes Rezept als Antwort auf die Pandemie

"Ich habe bereits sieben Menschen mit COVID-19 geheilt, meine Patient*innen haben keinen Geschmack mehr wahrgenommen, aber nach 72 Stunden spürten sie eine beginnende Erleichterung", beschreibt Magdalena, die die Behandlung für zwei Wochen vorschlägt. Diese Aussage ist so eindrücklich, dass sie der Welt zu widersprechen scheint, die Schlange steht, um einen Impfstoff zur Beseitigung der Pandemie zu erhalten, jedoch widersprechen die befragten Spezialisten ihr nicht.

"Im Moment können wir die Pflanzen, die die Hebammen für COVID-19 verschreiben, nicht als falsch ansehen", sagt Carlos Lix, Direktor des Gesundheitsbereichs von Alta Verapaz, einem der Departments, in dem die Hebammen für die medizinische Grundversorgung zuständig sind. Masken, Handschuhe, Alkohol sind Teil der Ausrüstung, die Magdalena und andere Kollegen dabei haben, wenn sie Babys entbinden und Patient*innen mit COVID-19 behandeln. Mit dem Zeigefinger zeigt sie auf die Pflanzen, mit denen sie Menschen, die an COVID erkrankten, heilt. Alles Zutaten, die sie in einem kleinen Behelfsgarten in ihrem Haus hat, Namen oder das Rezept nennt sie nicht, das behält sie für sich. Es wird nur erwähnt, dass eine der Komponenten Eukalyptus ist und eine andere Pflanze in Totonicapán heimisch ist.

Lix respektiert ihre Arbeit und erklärt: "Die Pflanzen, die die Hebammen verwenden, werden nicht aus einer Laune heraus verordnet, es gibt ein jahrtausendealtes Erbe, es wurde von Generation zu Generation verwendet".

Für Karin Slowing tun Hebammen, was sie können, mit dem, was sie haben. Es gebe keine wissenschaftlichen Beweise für eine natürliche Behandlung von COVID-19, "aber die Heilung basiert auf den natürlichen Konzentrationen der Pflanzen und ihren aktiven Prinzipien". Es wäre falsch, gegen die Tees der Hebammen zu sein, die überwiegende Mehrheit der von ihnen verwendeten Pflanzen ist von der westlichen Wissenschaft wissenschaftlich getestet worden. Es gibt eine Menge Forschung über Pflanzen und ihre Verwendung bei der Behandlung verschiedener Krankheiten", betont Lix.

Leugnung der Pandemie ist verbreitet

César Pastor, Epidemiologe im Departement Totonicapán, ist sehr besorgt über die Tatsache, dass in mehreren Gemeinden die Menschen keine Masken tragen wollen und immer noch nicht an die Existenz der Pandemie glauben. Nach seinen Schätzungen werden 60 % der Geburten von Hebammen begleitet. " Sie verschreiben Medizin mit natürlichen Pflanzen, wir erkennen die Naturmedizin an und unterstützen sie bis zu einem gewissen Grad. Die Tees sollen das Immunsystem stärken, aber sie sind kein Heilmittel", sagt Pastor.

Laut dem aktualisierten COVID-19-Dashboard des Gesundheitsministeriums gibt es seit dem 7. Februar in Totonicapán 95 aktive Fälle, 106 Todesfälle und die Letalitätsrate liegt bei 5 %. Der Epidemiologe Pastor ist mit den Angaben nicht einverstanden: Er weist darauf hin, dass sie in seinem Departement bei 9 % liege und er bereits im Oktober 161 Todesfälle gemeldet habe. Bis Oktober führte der Gesundheitsbereich von Totonicapán eine häufige COVID-19-Datenüberwachung durch, aber ab diesem Zeitpunkt wurde die epidemiologische Überwachung eingestellt. Pastor sagt, dass seine Daten aufgrund der ständigen Aktualisierung genau seien. (...)

An vorderster Front, aber unbeachtet

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums gab es in Guatemala im Jahr 2017 23.320 Hebammen. Nach Angaben des Programms zu Reproduktionsgesundheit in Totonicapán gibt es in dem Departement etwa 920 Hebammen. Mario Mazariegos ist der Direktor des Gesundheitsgebiets Totonicapán. Für ihn sind die Hebammen kein institutionelles Personal, sondern Freiwillige. „Es ist von einem Gesetzentwurf die Rede, der die Arbeit von Hebammen anerkennen soll, aber es gibt noch keine Gewissheit“, erklärt er. Allein in der Gemeinde Momostenango gebe es 217 Hebammen, die höchste

Zahl im Departement Totonicapán und damit laut Mazariegos die Gemeinde mit den meisten von Hebammen betreuten Geburten. Im gesamten Department liege die Versorgung im Jahr 2020 bei 55 %, ein Anstieg gegenüber den Vorjahren. Graciela Velásquez ist Teil von ‚Kawoq‘, einer von Hebammen gegründeten Organisation, die einzige ihrer Art im Departement Totonicapán. Sie stimmt mit den Zahlen des Gesundheitsdirektors überein. Velasquez kennt die Gesundheitspolitik in- und auswendig. Sie musste die Innung vor Akademiker*innen und Behörden vertreten. Etwas erfüllt sie mit Zweifeln: das Schweigen der Regierung angesichts der Pandemiekrise und das Gefühl der Verlassenheit, in das die Hebammen gedrängt werden. Die nationale Politik bezüglich der Arbeit von Hebammen hat vier Komponenten: Förderung und Verbreitung von Wissen, Stärkung der Beziehung zwischen Hebammen und dem Gesundheitssystem, Stärkung der Versorgung von Müttern und Neugeborenen durch das Gesundheitsministerium, Anpassung an unsere Kulturen und Stärkung der Arbeit von Hebammen als Agentinnen des Wandels. Velasquez findet es seltsam, dass sie zu diesem Zeitpunkt über einen Aktionsplan für die Politik dieser Zunft sprechen. „An keiner Stelle ist von Unterstützung oder Anerkennung der Arbeit von Hebammen während der Pandemie die Rede, wir stehen an vorderster Front und die meisten von uns sind im Seniorenalter“, sagt sie. Velasquez und Magdalena behaupten, Patient*innen mit COVID-19 geheilt zu haben, die Pflanzen sind unterschiedlich, aber die Reaktion ist die gleiche. „Von den Regierungsprogrammen haben wir nicht profitiert, nicht einmal eine Maske haben wir bekommen“, erklärt Magdalena. Die von der Regierung von Alejandro Giammattei angebotenen sozialen Hilfsprogramme zielten darauf ab, die durch COVID-19 verursachten Auswirkungen zu verringern. Magdalena wurde in keinem von ihnen bedacht – und mehrere ihrer Kolleginnen auch nicht.

Rassismus und ein ambitionierter Gesetzentwurf für Hebammen

Sonia Gutiérrez Raguay ist Abgeordnete von WINAQ, sie hat die Gesetzesinitiative zur Würdigung dieser Zunft weiterverfolgt. Es ist das erste Mal, dass sie einen Sitz innehat, sie ist Sekretärin der Kommission für indigene Völker in der Legislative und Vorsitzende ihrer Fraktion. „Die Initiative zur Würdigung der Hebammen ist im Kongress ins Stocken geraten. Es fehlt der politische Wille, dass sie gedeiht“, sagt Raguay. Die Kongressabgeordnete ist vor allem über drei Dinge besorgt: den fehlenden politischen Willen, den Rassismus, der hinter der Ablehnung der Initiative steht und die finanziellen Interessen dahinter. 2020 war das einzige Jahr, in dem sie es geschafft haben, die Initiative auf die Tagesordnung zu setzen, aber die Abgeordneten wussten nichts davon. Zurzeit befindet sich die Initiative in einer technischen Runde, um Haushaltsfragen zu diskutieren, aber weiter sei es nicht gekommen, sagte Raguay.

„Als Fraktion wissen wir, dass es zwei Gründe gibt, warum es nicht vorwärts geht: Rassismus und Geldgier. Die meisten Gesetzgeber*innen sehen, dass die Mittel des Gesundheitsministeriums in Infrastrukturprojekte fließen und nicht in soziale Programme“, sagt sie. Die Abgeordnete sagte, dass auf der Ebene des Kongresses keine Bereitschaft bestehe, sich mit der Frage der indigenen Völker zu befassen. Darin erkennt sie die ständige Diskriminierung und den Rassismus, die hinter solchen Initiativen stehe. "2017 wurde eine Hebammen-Initiative genehmigt, aber dann legte Präsident Jimmy Morales sein Veto ein und wir wussten nicht, was seine Gründe waren", erklärte sie.

Während die politischen Debatten weitergehen, setzt die Hebamme ihre Arbeit fort. " Ich bereite den Tee zu, die Mengen sind genau abgemessen, nicht mehr, aber auch nicht weniger; für Patient*innen mit Gastritis ist das Rezept anders", erklärt Magdalena mit viel Gefühl. Sie erzählt, dass sie ihre Heilpflanzen an andere Departements geschickt habe und es ein voller Erfolg gewesen sei. Wie andere Kolleginnen bringt sie weiterhin Babys zur Welt und hofft, dass der Gesetzentwurf seinen Weg durch den Kongress finden wird. (Plaza Publica)

Verfassungsgericht: Keine Amnestie für Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Genozid!

Guatemala, 10. Februar - Das Verfassungsgericht (CC) erließ gestern eine endgültige Verfügung zugunsten mehrerer Bürger*innen, die gegen den Gesetzentwurf 5377 geklagt hatten, der das Nationale Versöhnungsgesetz reformieren sollte. Wäre es in Kraft getreten, hätte eine Amnestie für Militärangehörige gedroht, die für Verbrechen verantwortlich sind, die schwere Menschenrechtsverletzungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellten und während des internen bewaffneten Konflikts begangen wurden. Die Entscheidung des höchsten Gerichts, bestehend aus den Richter*innen Gloria Porras, José Francisco de Mata Vela, María Cristina Fernández, Rubén Gabriel Rivera Herrera und Roberto Molina Barreto, der eine abweichende Meinung vertrat, wurde von Menschenrechtsorganisationen und Überlebenden des internen bewaffneten Konflikts begrüßt. Das Urteil ermutigte dazu, die Fälle weiter zu verfolgen und unterstütze das Recht der Opfer auf Zugang zur Justiz. Gegen das Gesetz hatten Paulina Ixpatá, Pedrina López de Paz, Sergio Vi Escobar, Helen Mack und Oswaldo Samayoa geklagt und haben nun mit diesem Urteil erreicht, dass die Bestimmungen dieser Reform des Nationalen Versöhnungsgesetzes aufgehoben werden. Der Gesetzentwurf wurde seit 2017 im Kongress von den ehemaligen Abgeordneten Fernando Linares Beltranena (PAN), Jaime Regalado (ex-PP, dann Reformador), Estuardo Galdámez (ex-PP, dann FCN) und anderen Abgeordneten vorangetrieben und 2019 verabschiedet. Im selben Jahr hatte das CC eine vorläufige Verfügung erlassen, die das Inkrafttreten des Gesetzes und die damit verbundene mögliche Amnestierung aufschob.

Was sagte das Gericht in dem Urteil?

Der Verfassungsrechtler Oswaldo Samayoa, der einer der Antragsteller war, hob drei Punkte des Gerichtsurteils hervor: Erstens wies er darauf hin, dass das aktuelle Nationale Versöhnungsgesetz eindeutig besagt, dass Verbrechen im Zusammenhang mit Folter, außergerichtlichen Hinrichtungen, gewaltsamem Verschwindenlassen und Völkermord nicht amnestiert werden können. Damit gebe es für alle derartigen Fälle, die vor Gericht gebracht wurden und die Leute, die

bereits verurteilt wurden, plus die Fälle, die in Bearbeitung sind, Rechtssicherheit, sagte der Anwalt. Zweitens zeigt das CC, dass wir in einem Rechtsstaat leben, das heißt, dass die Verfassung einen politischen und rechtlichen Inhalt rund um die Menschenrechte hat, und dass es dem Schutz der Grundrechte Priorität einräumt, sagte er. Und die dritte Auswirkung ist, dass es festgelegt hat, dass der Kongress mit dieser Form der parlamentarischen Diskussion nicht weitermachen dürfe, da sie im Widerspruch zu den Friedensverträgen, zur Verfassung und zu den Interessen des Staates beim Aufbau des Gemeinwohls steht, fügte er hinzu. Samayoa wies darauf hin, dass der Widerspruch eingereicht wurde, bevor das Gesetz in Kraft trat (es befand sich noch in der zweiten Lesung), weil – aufgrund der konkreten Bestimmungen in einem Artikel des Entwurfes - die Gefahr bestand, dass Personen, die bereits verurteilt waren oder vor Gericht standen und in Sicherungsverwahrung gehalten wurden, frei kommen würden(...). (..)

Das Urteil stellt das Recht der Opfer auf Gerechtigkeit wieder her

Manuel Farfán von der Vereinigung der Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen in Guatemala (FAMDEGUA) sagte, dass er mit dem Urteil des CC zugunsten der Opfer und Überlebenden des internen bewaffneten Konflikts zufrieden sei. Farfán sagte, dass es sowohl den Opfern von Massakern und Verschwindenlassens, als auch den Hinterbliebenen und besonders denen zugutekomme, die mit der Hoffnung auf Gerechtigkeit und die Wahrheit gestorben sind. (...). Er fügte hinzu, dass ihn dies ermutige, die Suche nach der Wahrheit fortzusetzen: (...) FAMDEGUA sagte, dass die Gesetzesinitiative auf Eis gelegt werden sollte, "weil es im Kongress Interessen gibt, Menschen zu schützen, die Menschenrechtsverletzungen beschuldigt werden. Ich denke, es ist ein sehr grosser Meilenstein in unserer Geschichte, der uns bei der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit stärkt", sagte Farfán, dessen Onkel, Rubén Amílcar Farfán, am 15. Mai 1984 verhaftet wurde und verschwand.

Der Anwalt Edgar Pérez, Direktor der Menschenrechtskanzlei, sagte seinerseits, dass die Initiative darauf abzielte, das Versöhnungsgesetz, Dekret 145-96, zu reformieren, indem sie eine allgemeine Amnestie offenlässt und sogar Richter*innen verantwortlich macht, wenn sie die Anträge nicht sofort bearbeiten. Pérez hat sehr wichtige Fälle der Übergangsgerechtigkeit bearbeitet, wie das Massaker in der spanischen Botschaft und den Völkermordprozess gegen Ríos Montt, in dem er als Kläger auftrat. Mit dem Gesetzentwurf seien nicht nur die grundlegenden Schutzgarantien für die Opfer verletzt worden, sondern auch die internationalen Verpflichtungen des Staates sowie die Friedensabkommen, die festlegen, dass der Staat keine gesetzgeberischen Maßnahmen ergreifen darf, die Straflosigkeit fördern.

Anwalt Pérez fuhr fort, dass es in Guatemala schwierig sei, Fälle, die mit dem bewaffneten Konflikt zu tun haben, in das Justizsystem einzubringen. „Heute war die Berufungshörung des zweiten Prozesses für Völkermord. All das geschah 1982, 1983. Wir sind im Jahr 2021, wir sprechen über Fälle, die 42 Jahre zurückliegen – und wir sind erst bei der Anhörung in zweiter Instanz eines historischen Prozesses, aber es dauerte viele Jahre, um es vorzubereiten und darauf zu warten, dass in einem Moment der Geschichte die Gerichte die Türen für den Zugang zur Justiz öffnen“, sagte er. Obwohl die Zahl der Fälle, die vor Gericht gebracht wurden, gering ist, weist der Anwalt darauf hin, dass es aufgrund des Kampfes der Opfer und der Menschenrechtsorganisationen beispielhafte Fälle gegeben habe, die das weit verbreitete systematische Muster der staatlichen Politik der verbrannten Erde, Zwangsvertreibungen, Massaker und Völkermord offen legten. Auf die Frage, ob dies ein historisches Urteil sei, sagte Pérez: "Alle Urteile, die es bis heute in der guatemalteken Justiz im Zusammenhang mit dem internen bewaffneten Konflikt gibt, sind historisch und stehen stellvertretend für jedes der Opfer, die unter den während des Konflikts begangenen Gräueltaten gelitten haben“.

Auch Organisationen wie Impunity Watch Guatemala äußerten sich zu dem Urteil. "Das Urteil des CC zur Initiative 5377 steht im Einklang mit internationalem Recht und den Urteilen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Guatemala hat die internationale Verpflichtung, die Verantwortlichen für schwere Menschenrechtsverletzungen strafrechtlich zu verfolgen und kann in solchen Fällen keine Amnestie gewähren", hiess es auf dem Twitter-Account der Organisation.

Minderheitsvotum von Roberto Molina Barreto

Bei der Entscheidung des CC gab es eine abweichende Stimme von Richter Roberto Molina Barreto, der die Wiederwahl als Verfassungsrichter für die Periode 2021-2026 des CC auf Vorschlag des Obersten Gerichtshofs (CSJ) anstrebt. Kürzlich war er auf zum Verfassungsrichter ernannt worden, um Neftaly Aldanas Platz einzunehmen. Seine Ernennung wurde von Menschenrechtsorganisationen abgelehnt, die daran erinnerten, dass Molina als Verfassungsrichter gesetzwidrige Beschlüsse gefasst habe, etwa im Fall des Völkermords, als die Verurteilung gegen General Efraín Ríos Montt im Mai 2013 aufgehoben wurde. (Prensa Comunitaria)

Der Kongress verhindert Widersprüche gegen Kandidat*innen für das Verfassungsgericht

Guatemala, - 12. Februar - Im Gegensatz zum Obersten Gerichtshof (CSJ) und zum Obersten Universitätsrat (CSU) wird der Kongress der Republik keine Einsprüche gegen die Kandidat*innen für die ordentlichen und stellvertretenden Richter*innen des Verfassungsgerichts (CC) zulassen. Am 19. Januar genehmigten die Abgeordneten der mit der Regierungspartei verbündeten Parteien das Abkommen 3-2021, das Jurist*innen die Möglichkeit eröffnet, für das Amt des CC-Magistrats zu kandidieren, ohne jeglichen Mechanismus der Transparenz und Redlichkeit. Die Opposition hatte hingegen die Einrichtung einer Kommission vorgeschlagen, die die Dossiers der Kandidat*innen überprüfen sollte. Mit der Genehmigung des Abkommens wurde auch ein vom Kongresspräsidium unter dem Vorsitz von Allan Rodríguez erstellter Zeitplan genehmigt, der keine Frist für den Erhalt von Einsprüchen oder für die Überprüfung der Akten festlegt, son-

dem nur besagt, dass die Direktion für Gesetzgebung für den Erhalt der Unterlagen und die Überprüfung, ob sie die angeforderten Dokumente enthalten, zuständig ist. Zu den Anforderungen heisst in der Vereinbarung 3-2021 lediglich: "Jurist*innen, die die verfassungsmässigen und gesetzlichen Anforderungen erfüllen, sind aufzufordern, sich um die Positionen als Titular- und Ersatzrichter*innen des Verfassungsgerichts zu bewerben".

Zeitablauf der Wahl von Richter*innen des Verfassungsgerichts

Die Versendung der Bewerbungsunterlagen begann am 1. Februar und endet am 19. Februar. Der Kongress wird ein Video aufzeichnen, in dem die Bewerber*innen ihre Arbeitspläne darlegen können, dies ist für den 22. Februar geplant. Die Wahl der Richter*innen soll zwischen dem 23. Februar und dem 15. März stattfinden. Der Kongress erwartet vom 16. März bis zum 23. März die Benachrichtigung über die Wahl der Richter*innen durch das CSJ, den CSU, die Exekutive und die Anwalt*innenkammer von Guatemala. Die Abgeordneten planen, das Dekret zu verabschieden, das das CC für geeignet erklärt hat (...). Der Kongress wird voraussichtlich zwischen dem 7. und 14. April eine feierliche Sitzung zur Vereidigung der Richter abhalten. Schließlich sollen die Richter am 14. April vereidigt werden.

UNE stellt einen Antrag auf einstweilige Verfügung gegen das Gesetz beim Verfassungsgericht

Die Fraktion der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) reichte beim Verfassungsgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Kongress und den Obersten Gerichtshof wegen des Prozesses der Richterwahl ein, weil sie der Auffassung sind, dass dieser auf eine intransparente Weise durchgeführt werde. So sei im Kongress keine Qualifikationskommission gebildet worden, wie bei den letzten Wahlen, erklärte die UNE. (...) (La Hora)

Angehörige der Polizei als mutmassliche Mitglieder einer kriminellen Drogenbande verhaftet

Guatemala, 11. Februar - An diesem Tag fanden eine Reihe von Razzien statt, die zu einer Reihe von Verhaftungen führten. Die Operation wurde von der Staatsanwaltschaft für Drogenhandelsverbrechen durchgeführt und es wurden 25 mutmassliche Mitglieder der kriminellen Bande "Los Pelones" (die Kahlköpfe) festgenommen, darunter sechs Beamte der Nationalen Zivilpolizei (PNC). Im Verlauf der Ermittlungen wurden vier Vorfälle dokumentiert, sowie die Aufdeckung verdächtiger Transaktionen und die Mitarbeit der sechs Polizist*innen.

Der Erste ist die Beschlagnahmung von 299.700 US-Dollar und einem Fahrzeug am 6. Dezember 2019, womit der Bande illegale Werte in Höhe von 2.414.372 Q (= 251.665 €) zugeordnet wurden.

Der Zweite ist die Beschlagnahmung von 32 Paketen Kokain, einem Fahrzeug und 17.400 US-Dollar am 4. März 2020, womit der Bande weitere illegale Werte in Höhe von 3.562.790 Q (= 371.372 €) zugeordnet wurden. (*Das wären pro Paket Kokain ein Wert von etwa 10.000 €, d.Red.*)

Der Dritte war die Beschlagnahmung von 50 Paketen Kokain, zwei Fahrzeugen und einer Feuerwaffe am 17. März 2020, womit der Bande illegale Werte in Höhe von 5.378.750 Q (= 560.661 €) zugeordnet wurden.

Das vierte Ereignis fand am 30. April 2020 statt. Dabei wurden 30 Pakete Kokain und zwei Fahrzeuge beschlagnahmt, womit der Bande illegale Werte in Höhe von 3.214.250 Q (= 335.000 €) zugeordnet wurden.

19 Verhaftete

Die Behörden berichteten, dass das Innenministerium im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft (MP) 33 Razzien in den Departments Zacapa, Chiquimula und Baja Verapaz durchgeführt hat. Als Ergebnis dieser Operationen wurden 19 Personen verhaftet, Mitglieder der kriminellen Bande "Los Pelones". Fünf weitere Personen, die bereits in Haft sitzen, wurden wegen neuer Verbrechen angeklagt. Unter den heute Festgenommenen befanden sich zwei Unterinspektoren und vier Polizeibeamt*innen (...). Diese Aktion ist ein Beweis für das Engagement der Regierung, die Polizei zu säubern und so zu stärken. Zu den Straftaten, die den Beteiligten vorgeworfen werden, gehören: illegaler Handel, Schmuggel und Lagerung von Drogen, Geldwäsche, Pflichtverletzung, Mitgliedschaft in der kriminellen Vereinigung und Verschaffen von Straffreiheit und Steuerhinterziehung. (...) (La Hora)

Der Mord an der achtjährigen Sharon Figueroa erschüttert das Land

Melchor de Mencos, 11. Februar - Das Verbrechen an dem achtjährigen Mädchen Sharon Figueroa, das sich in der Gemeinde Melchor de Mencos, Petén, ereignete, zeigt auf alarmierender Weise die Zunahme von Fällen von Gewalt gegen Frauen und Kinder in Guatemala. Der Mord an dem Minderjährigen wurde auf nationaler Ebene verurteilt und die Behörden versichern, dass sie die notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Verantwortlichen zu finden.

Das Verschwinden des Minderjährigen ereignete sich am vergangenen Dienstagnachmittag. Iliana Beatriz Tzín von der Frauenvereinigung von Petén, Ixqik, sagte, dass sie die Information, dass das Mädchen gegen 13 Uhr vermisst wurde, durch die Grossmutter des Kindes, Carolina Martínez, erhalten haben, die sie kontaktierte und um Unterstützung bat. Martínez ist Mitglied der Frauenpastoral des Bistums Petén und beteiligt sich aktiv an den Netzwerken der Frauenorganisationen in diesem Departement. Tzín sagt, dass sie begannen, die Nachricht über das Verschwinden des Mädchens zu verbreiten und mit Nachbar*innen zu sprechen, die die Familie begleiteten. Laut dem Verteidiger waren sie besorgt darüber, dass der Alba-Keneth-Alarm noch nicht aktiviert wurde, um nach dem Mädchen zu suchen und sind der Meinung,

dass es Nachlässigkeit seitens der Generalstaatsanwaltschaft und der Polizei gab, weil die Information über das Verschwinden bereits in den sozialen Netzwerken kursierte, aber nichts dagegen unternommen wurde.

Schliesslich wurde der Alarm gegen 21 Uhr aktiviert. Tzin merkt an, dass sie es gewesen waren, die die aktive Suche nach dem Mädchen begannen. Die Razzia in dem Haus, in dem eine Frau gefangen gehalten wurde, fand einen Tag später statt. Tzin wies darauf hin, dass es nun an der Staatsanwaltschaft (MP) liege, die notwendigen Sorgfaltspflichten und Ermittlungen in diesem Fall durchzuführen.

Der Gouverneur des Departements Petén, Luis Burgos, sagte seinerseits den lokalen Medien, dass die Unterstützung der Bürger*innen entscheidend war, um die Leiche zu finden, die fast 24 Stunden lang gesucht wurde. Der Fund wurde 500 Meter von einer verlassenen Schule im Weiler Camalote in der Gemeinde Melchor de Mencos gemacht. Das Frauenbüro der Gemeinde Melchor de Mencos, Petén, wird morgen, Samstag, einen Spaziergang zum Gedenken an das ermordete Mädchen veranstalten.

Das Nationale Institut für Forensische Wissenschaften (INACIF) berichtete heute, dass die Todesursache des Minderjährigen Erstickung durch Strangulation war. Ausserdem habe das Mädchen blaue Flecken im Gesicht und an den Händen gehabt, verlautete das Institut. Laut der forensischen Untersuchung gebe es keine Anzeichen von sexuellem Missbrauch. (...)

Linsleyd Tillit, von Alas de Mariposa (Schmetterlingsflügel), wies darauf hin, dass die Antwort des Staates auf Gewalttaten gegen Frauen umfassend sein müsse, eine Nationale Politik zur Förderung und umfassenden Entwicklung von Frauen, die einen besonderen Schwerpunkt auf die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen legen sollte.

In diesem Rahmen wird die Notwendigkeit der interinstitutionellen Koordination betont, die einen Mechanismus aufbauen müsse, bei dem die, aktuell nicht aktive, Nationale Koordination für die Prävention von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen (CONAPREVIH) die verschiedenen Gremien der Exekutive koordiniert, (...), sagte sie. Alle einzeln unternommenen Anstrengungen im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen und Mädchen nützten nichts, wenn die Institutionen geschwächt seien, schloss Tillit. (Prensa Comunitaria)

Giammattei antwortet mit der Forderung nach einer Wiedereinsetzung der Todesstrafe

Nach dem Mord an der minderjährigen Sharon Figueroa in Petén hat der Präsident Alejandro Giammattei den Kongress der Republik aufgefordert, die Reaktivierung der Todesstrafe zu prüfen. „Es wäre lohnenswert, dass der Kongress der Republik die Anwendung der Todesstrafe neu bewertet. Es ist an der Zeit, dass wir darüber nachdenken, zum Beispiel, dass das Verbrechen dieses Mädchens mit der Todesstrafe verurteilt werden sollte. Ich bitte den Kongress der Republik, dass unsere Hand nicht zittert, um Kriminelle zu konfrontieren. Wenn es eine Notwendigkeit für die Todesstrafe gibt, sollten wir es tun“, sagte der Präsident den Medien in Izabal, wo er auf einer Rundreise weilte. (. . .)

Dabei ist die Todesstrafe verfassungswidrig und widerspricht der Amerikanischen Menschenrechtskonvention

Auf nationaler Ebene hat das Verfassungsgericht (CC) 2017 die Anwendung der Todesstrafe für verfassungswidrig erklärt, da sie gegen das Recht auf Leben verstosse. Auf internationaler Ebene ist Guatemala Unterzeichner*in der wichtigsten Menschenrechtskonventionen. Vor allem die Ratifizierung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention von 1978 verbietet es dem Staat, die Todesstrafe auf Verbrechen anzuwenden. Konkret gibt es im guatemalteckischen Strafgesetzbuch auf Beschluss des CC kein Verbrechen mehr, das mit der Todesstrafe bedroht sein dürfe. Im Oktober 2017 haben die Richter*innen folgende Verbrechen von der Todesstrafe ausgenommen: Vatermord, außergerichtliche Hinrichtung, Entführung oder Verschleppung, Verschwindenlassen, Ermordung des Präsidenten oder Vizepräsidenten.

(La Hora)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6